„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten: für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 136, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspeditteuren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie den illustrirten Blättern „ULK“, der satirisch. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Leselhalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Postkatalog-Nr. 8 Nachtrag-Preisliste 1897 bei wöchentlicher Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate 4 Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 136, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 259. Berlin, Sonntag, den 23. Mai 1897. XXVI. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Daß wir mitten in einer preußisch-deutschen Regierungskrise uns befinden, wird kein ernster Politiker leugnen wollen, wenn auch die Abwesenheit des Monarchen, der in Wiesbaden eine eigenthümliche hohenzollerisch-habsburgische Geschichtslegende bühnenweihestspielmäßig feiern ließ, nicht dafür spricht, daß die Konsequenzen aus dieser Krisis unverzüglich gezogen werden dürften. Die preußische Vereinsgesetznovelle, in im gesammten Volke eine so schwer ins Gewicht fallende Bewegung erzeugte, hat, darüber täuscht sich Niemand mehr, in weitesten Kreisen das Vertrauen in die Regierenden tief erschüttert. Die Minister mögen mit dem Aufgebot feinst geschliffener Dialektik zu beweisen versuchen, daß das Versprechen des Fürsten Hohenlohe im Reichstage wegen Aufhebung des Koalitionsverbotes der Vereine anders gemeint gewesen, als es von den Abgeordneten aufgefaßt worden, — sie finden kein Verständniß für diese Geschicklichkeitskünste. Man glaubt ihnen nicht.

Im Landtag hat man allerdings versucht, durch eine Kommission von 28 Mitgliedern den scharfen Abfall, den der zunächst verantwortliche Minister des Innern mit seiner Vorlage bei der Volksvertretung erlitten, einigermaßen abzuschwächen. Aber wie die Dinge jetzt liegen, ist glücklicherweise blutwenig Aussicht dazu vorhanden, die abgeschwächte Form der Vorlage, die noch genug Fallstricke und Fußangeln für das freie Wort enthält, von der Mehrheit acceptirt zu sehen. Fast scheint es, als vermuthe man auf der linken Seite bis weit in die Reihen der Nationalliberalen hinein, daß die lex Recke nichts anderes sei als ein Theil der wieder auferstandenen Köllerschen Umsturzvorlage, als erblicke man in der Konfektion dieses Entwurfs wider das Vereins- und Versammlungsrecht einen verschleierten Mangel an Ehrlichkeit, der um so gefährlicher wirken könne, je naiver und unfälschiger er sich gebe . . .

Aus solchen und ähnlichen Gedankengängen heraus ist höchst wahrscheinlich jene Haltung der Nationalliberalen zu erklären, die am prägnantesten in der Rede des Abgeordneten Krause in die Erscheinung trat. Und diese Haltung der nationalliberalen Landtagsdeputirten fand im Reichstage ihre Ergänzung durch die Abstimmung des Prinzen Alexander Hohenlohe, Sohnes des Reichskanzlers, der sich nicht scheute, im Gegensatz zu seinen sonstigen Standes- und Fraktionsgenossen sein Votum für den Rickertschen Antrag abzugeben, durch den auf dem Wege der Reichsgesetzgebung die Abschaffung des Koalitionsverbotes für Vereine erzielt werden sollte, und zwar ohne die Rechtsverkürzungen, mit denen die Novelle im preußischen Landtage von Herrn v. d. Recke verbrämt worden war. Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß Prinz Alexander seine Stimme in Uebereinstimmung und nach Verständigung mit seinem Vater, dem Reichskanzler, abgegeben hat, und es war auch schwer zu unternehmen, daß der Prinz durch sein Votum direkt gegen das Verhalten seines Vaters hätte Partei ergreifen wollen. Die Konservativen erkannten sofort, daß man es hier mit einem Akt Hohenlohescher Privatdemonstration zu thun habe, und zeigten alsbald die Krallen. Sie wollten den Prinzen Alexander nicht nur politisch boykottiren, sondern dem Reichskanzler selbst dafür zum Lohn das Zügenglöcklein läuten!

Wer zu beobachten weiß, dem kann nicht entgehen, daß mit letzterer Handlung von der konservativen Seite nur offene Thüren eingestoßen werden. Fürst Chlodwig Hohenlohe, der ohnehin nicht an seinem Amt hängt, scheint zum Gehen entschlossen. Mit ihm dürften noch einige andere Minister bereit sein, die Büchse ins Korn zu werfen. Selbst Herr v. Bötticher, dem seine zahlreichen Widersacher doch sonst so gern den „Lieber“ nennen, womit ihm insinuirt werden soll, daß er unverdaubt zäh an seinem Portefeuille hänge, selbst Herr v. Bötticher hat durch die Art und Weise, in der er sich im Reichstage gegen die Richterschen Angriffe vertheidigte oder vielmehr nicht vertheidigte, für die Sehenden zur Genüge bewiesen, daß der Vorwurf der „Fronde“, er sei ein zu dauernder Minister, nicht mehr für ihn zutrifft. Ja, auch Herr v. Bötticher scheint kampfesmüde geworden, und daß in gleicher Weise Herr v. Marschall würde gemacht wurde, will Vielen als wahrscheinliche Thatsache gelten. In den Monaten Juni und Juli kann wir also Veränderungen in den Regierungsregionen sehen, wie sie seit dem März 1890 bei uns einschneidender nicht mehr gesehen worden sind.

Die unterirdische Maulwurfsarbeit der junkerlich-agrarisch-reaktionären Koterien wäre sonach beinahe vollständig gelungen. Die Reaktion siegt auf der ganzen Linie — bis es sich dann bei den nächstjährigen Wahlen zeigen wird, ob das preußische, ob das deutsche Volk gewillt ist, sich am Jahrhundertsende von denjenigen Kliquen den Fuß auf den Nacken setzen zu lassen, die am Anfang des Jahrhunderts den Zusammenbruch des Staates Friedrichs des Großen verschuldet hatten. Das Experiment kann, so sieht es wenigstens aus, nicht mehr umgangen werden. Wir müssen durch diese Entwickelungsphase hindurch — aber die liberale Gesinnung besitzt in dem Wahlzettel eine friedliche Waffe, durch die sie im Stande ist, das geplante Attentat gegen die Rechte unserer politischen Rechte und Freiheiten unschädlich zu machen. Wenn erst das Bürgerthum vollständig begriffen haben wird, welches Machtmittel es in dem Wahlzettel besitzt, dann ist auch die Gefahr schon halb beschworen, die uns zur Zeit bedroht. Aber freilich wird die landläufige Begriffsstutzigkeit in diesem Punkte erst behoben werden können, nachdem wir eine Schule der Reaktion durchgemacht haben, deren Lehren der liberale Bürger erst am eigenen Leibe erprobt haben muß, ehe er sich mit dem unentbehrlichen Nachdruck dagegen zu reagiren entschließt. So bleibt denn auch die Arbeit der Champions dieser uns bevorstehenden Reaktion lediglich „Saat, gesäet, am Tage der Garben zu reifen.“ Und die Ernte erfolgt dann in der Stunde der Wahlschlacht, in der uns die retrograde Intrigue unserer Tage den liberalen Sieg unfreiwillig sichern hilft.

Wenn inzwischen Fürst Hohenlohe aus seinem Amt scheiden sollte, so kann er sich mit dem beruhigenden Bewußtsein zurückziehen, daß in den auswärtigen Fragen sich unter seiner Leitung das Ansehen Deutschlands nicht vermindert hat. In diesem Punkte waren vielmehr der Reichskanzler und Herr v. Marschall „Mehrer des Reiches“. Gerade während der jetzt schwebenden orientalischen Verwickelung wurde diese Thatsache sogar von unseren sonstigen Gegnern bereitwillig anerkannt. Der Einfluß Deutschlands in Konstantinopel hat sich in erfreulicher Weise durch unser Verhalten im griechisch-türkischen Konflikt gehoben, so wenig interessirt im Großen und Ganzen auch das deutsche Reich an dem Ausgang dieses Krieges sein mochte.

Gern ließ daher die deutsche Diplomatie der befreundeten russischen Staatskunst den Vortritt, wo es sich um eine Einmischung zu Gunsten des Waffenstillstandes zwischen Türken und Griechen handelte. Der Briefwechsel, den der Zar aus diesem Anlaß mit dem Sultan eröffnete, entsprach in seiner friedlichen Tendenz durchaus den Absichten der deutschen Politik, der nichts ferner liegt als die Jagd nach Prestige um jeden Preis. Griechenland ist zu Boden geworfen und scheint gedemüthigt. Es hat seine nach Kreta entsandten Truppen zurückberufen und damit einem für die blokirenden Großmächte höchst peinlichen Zustande ein Ende gemacht. Diese Rückberufung vollzog sich ohne die angekündigten Zwischenfälle, und das gewaltige Maulheldenthum Athens hat in dieser Weise mehrfach bewiesen, daß man Unrecht thut, seine Rodomontaden ernst zu nehmen.

Aehnliche Erfahrungen hat die Welt mit einem an sich viel mächtigeren Staatswesen, mit England, zu machen gehabt. Auch John Bull nimmt den Mund gern voll und droht — bald mit dem fliegenden Geschwader, wie im vergangenen Jahre, bald mit einer Flottenentsendung nach der Delagoa-Bai, deren „versiegelte Ordres“ angeblich einer Büchse der Pandora gleichen sollten. Diese taktischen Maulmachereien erinnern nahezu an den miles gloriosus der Fabel, von dem es heißt: „er zog den Degen aus der Scheide und — steckt ihn ruhig wieder ein.“

Für praktische Leute ist das jedenfalls ein nachahmenswerthes Beispiel. Namentlich wenn man bedenkt, welche Verlegenheiten ein gegentheiliges Verhalten gerade in neuerer Zeit den Italienern bereitet hat. Die Erfahrungen der Italiener im Feldzuge gegen Menelik haben den römischen Leuteruth einigermaßen gedämpft. Ministerpräsident Rudini ist dran und drauf, die ganze Kolonialpolitik am rothen Meere, die so unsinnige Opfer gekostet, aufzugeben und somit einzugestehen, daß es eine Don Quixoterie gewesen, als man unter Crispi und seinen Vorgängern den Kampf mit den Abessiniern leichtfertig aufgenommen. Die Lehren aus diesen Thatsachen sollten unverloren bleiben, wenn es auch eine alte „Weisheit von der Gasse“ ist, die da lautet: „Wer sich muthwillig in Gefahr begiebt, kommt darin um.“

Herr Chamberlain im Lichte der Depeschen.

(Von unserem Korrespondenten.)

*) **London**, 21. Mai.

Wir sind seit gestern wohl in den interessantesten Theil der Verhandlungen der parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der mit dem Jameson-Einfall in Zusammenhang stehenden Begebenheiten in Südafrika im Jahre 1895/96 durch Mittheilung der Telegramme eingetreten, welche zwischen Herrn Rhodes und seinem in Europa vor diesen Vorgängen sich aufhaltenden vertrauten Sekretär und politischen Agenten gewechselt wurden. Daß Herr Rhodes mit den Vorbereitungen zu dem Jameson-Einfall bekannt war, ja sie selbst eingeleitet und unterstützt hatte, das riefen sich, trotz seines ersten Ableugnens, bald die Spatzen auf dem Dache zu. Daß die höchsten Regierungsbeamten des Kaps darum wußten, das hat die Untersuchung bereits zu Tage gefördert. Die Frage war aber immer noch eine offene, inwieweit die Centralbehörde und namentlich Herr Chamberlain um die vorbereitenden Schritte für den Einfall wußten. Wir haben zu dieser Frage auf Grund besonderer Informationen, deren Enthüllung uns versagt ist, Stellung durch die Erklärung genommen, daß Herr Chamberlain und das hiesige Kriegsministerium Mitwisser des Geheimnisses waren. Es fehlte aber für das, was uns nicht zweifelhaft sein konnte, der Untersuchungskommission an positiven Beweisen. Diese erwartete man allgemein von der Vorlegung der genannten Telegramme. Ganz sind wir auch gestern der Angelegenheit nicht auf den Grund gekommen, und zwar besonders deswegen nicht, weil eine Anzahl Telegramme, die von der höchsten Wichtigkeit sind, nicht aufgefunden werden konnten. Neue Recherchen sollen hinsichtlich derselben veranlaßt werden, aber wir fürchten, daß dieselben aus guten Gründen resultatlos verlaufen. Immerhin sind wir der Lösung der Frage ein gut Theil näher gerückt. Schon die in einer der letzten Sitzungen festgestellte Thatsache, daß Herr Chamberlain, als ihm Dr. Harris in einer Unterredung vertrauliche, auf die Vorbereitungen zu einem Einfall in Transvaal bezügliche Mittheilungen machen wollte, diesen plötzlich unterbrach und sich weigerte, hiervon Kenntniß zu nehmen, erregte Verdacht, da Herr Chamberlain dadurch verrieth, daß ihm bekannt war, wie gefährlich das Gebiet sei, welches Dr. Harris betreten wollte. Die neue Vorlegung der Telegramme und die Erklärung des Dr. Harris aber haben neues Material für die Annahme zu Tage gefördert, daß Herr Chamberlain um die Vorbereitungen zu einem Einfall in Transvaal wußte. Dr. Harris telegraphirte an Herrn Rhodes, daß er „offen“ über die Angelegenheit mit Herrn Fairfield gesprochen hatte. Herr Fairfield aber, der inzwischen verstorben ist, war als Assistant Under Secretary die rechte Hand und der berufene Rathgeber Chamberlains in der Südafrika-Politik, ein Mann, der sich im Kolonialdienste aufgerieben hat.

„Ich theilte Herrn Fairfield mit,“ sagte Dr. Harris gestern, „daß einer der Gründe, aus denen Herr Rhodes lebhaft wünschte, das Protektorat (über Bechuanaland) zu erhalten, der war, daß er es für unumgänglich nöthig hielt, eine britische Militärmacht an der Grenze zu haben, so daß für den Fall eintretender Unruhen (in Johannesburg) er in der Lage sei, falls er dies für richtig hielt, von dieser Truppenmacht Gebrauch zu machen.“ Ist es nun denkbar, daß ein Beamter, der das Interesse seines Chefs an Transvaal und dessen Energie aus der Driftfrage kannte, diesem nicht von der so hochwichtigen Mittheilung Kenntniß gegeben haben sollte? Herr Chamberlain stritt dennoch rundweg ab, daß ihm irgend etwas in der Art einer feindlichen oder bewaffneten Invasion in Transvaal bekannt geworden sei. Hier haben wir zwei einander widersprechende Aussagen sich gegenüber stehen. Die öffentliche Meinung dürfte keinen Augenblick zweifelhaft sein, wem in dieser Frage größerer Glaube beizumessen ist, ob Harris oder Chamberlain, aber das genügt der Untersuchungskommission nicht, die positive Beweise haben muß. Vielleicht werden sie in dem Depeschenverkehr zwischen Herrn Rhodes und Miß Flora Shaw gefunden, welche in der „Times“ die Kolonien, namentlich Südafrika, bearbeitet. Und da kommen wir auf den zweiten interessanten Theil der gestrigen Sitzung, der uns das große Cityblatt in eigenthümlichem Lichte zeigt.

Die Leser dieser Blätter wissen seit langer Zeit, daß Miß Flora Shaw in eingeweihten Kreisen als die Egeria des Herrn Rhodes angesehen wird. Jedenfalls verbindet sie mit diesem etwas anrüchig gewordenen Staatsmann eine enge Freundschaft, dies hat auch die gestrige Sitzung herausgebracht. Daß nun die „Times“ dieser Dame, deren Unparteilichkeit unter diesen Verhältnissen doch nicht als über allen Zweifel erhoben angesehen werden kann, eine solche unumschränkte Herrschaft in ihren Spalten eingeräumt hat, muß täglich Bewunderung und Kopfschütteln erregen. Die „Times“ wird durch ihre Mitarbeiterin zur Mitverschwörerin in dem Transvaal-Einfall. „Wenn Sie telegraphiren können, welche Richtung „Times“ hinsichtlich Transvaal einschlagen soll, so wird Flora handeln,“ lautet eines der Telegramme, welches Dr. Harris an Rhodes schickt, und Rhodes selbst kommandirt telegraphisch: Sehen Sie Flora und finden Sie Jemand, der das bei Fischer erschienene Buch: „Drei große afrikanische Chefs (Khama und Genossen) vom Missionar Lloyd“ kritisirt. Schließlich erhält Flora den Kodex der Südafrikakompagnie, um mit Hilfe derselben ungeänderter mit Rhodes direkt telegraphiren zu können. Vertheilte vielleicht Miß Flora Shaw außer dem Material über Transvaal an die Times noch andere Liebenswürdigkeiten des Herrn Rhodes?

Man fragt sich da, hat das große englische Blatt wohl noch das Recht, als Sittenrichterin aufzutreten, wie es das gestern sich noch anläßlich der deutschen Politik anmaßte? Die Times hat in der letzten Zeit viel von ihrem Ansehen eingebüßt. Wir glauben nicht, daß die Veröffentlichung der Depeschen ihr Ansehen besonders heben wird. Wo sind die Tage, als das Publikum, aber fast mehr noch der Journalist die Kundgebungen der Times als Orakelspruch hinnahm, und die Diplomaten eifrig das Blatt studirten, um zu erfahren, von wo der Wind blies? Die Erfindungen ihres Pariser Korrespondenten, wie geistreich sie auch sein mögen, haben dem einst so mächtigen City-Blatt großen Eintrag gethan, seine direkte oder indirekte Begünstigung der Transvaal feindlichen Rhodesschen Politik, seine Flora Shaw, werden das Mißtrauen gegen seine Zuverlässigkeit nur vergrößern.

Natürlich hat Dr. Harris schließlich gestern diese Dame „weiß gewaschen“. Sie hat selbstredend nie eine Verpflichtung Herrn Rhodes gegenüber übernommen, etwas in die Times zu bringen. Sie benutzte natürlich nur die Informationen nach Bedürfniß und eigener Kritik; wenn sich der Rhodes-Shawsche zärtliche Depeschenwechsel noch auffinden läßt, dann werden wir ja sehen, inwieweit dies und noch manches andere zutrifft. Uebrigens ist gar nicht ausgeschlossen, daß Miß Shaw noch selber vor die Enquetekommission geladen wird. Un pò più di luce kann keinesfalls etwas schaden!

Miß Flora Shaw, deren Name so durch die Freundschaft mit Rhodes plötzlich einen Weltruf erlangt hat, ist, wie der „Chronicle“ berichtet, eine „Nichte“. Selbst ein demokratisches Blatt wie der „Chronicle“ kann sich von dem traurigen, ganz England beherrschenden „Snobbismus“ nicht losmachen, uns eine Meldung über die soziale Stellung der Eltern unserer verehrten Kollegin zu versagen, wenn sie einen Onkel hat, der Sir Eyre Massey Shaw ist, als

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 21.